

Doch kein Berner Mädchenhaus

Häusliche Gewalt Statt eines Schutzhauses für Mädchen will der Kanton Bern nur vier Plätze in bestehenden Frauenhäusern bereitstellen. Die Fachwelt und die Grünen sind empört.

Naomi Jones

Anstatt wie andere Mädchen in den Ausgang zu gehen, mit Jungen zu flirten oder einfach zusammen einen lustigen Nachmittag zu verbringen, müssen sie im Haushalt arbeiten. Sie werden geschlagen, wenn sie sich nicht konform verhalten. Manchmal werden sie sogar an Leib und Leben bedroht oder sollen gegen ihren Willen verheiratet werden.

Das alles erzählt Claire Magnin am Telefon über die Mädchen und jungen Frauen, für die sie sich engagiert. Magnin ist Co-Präsidentin eines Vereins, der analog zu den bestehenden Frauenhäusern in Biel ein Mädchenhaus aufbauen will. Ein solches gibt es nur in Zürich. Zwar seien mehrheitlich junge Frauen mit Migrationshintergrund von häuslicher Gewalt betroffen, doch längst nicht nur, sagt Magnin. Auch Schweizerinnen aus allen Schichten bräuchten Schutz, etwa wenn ein sehr patriarchales Weltbild im Spiel sei.

Keine «Doppelspurigkeiten»

Deshalb war der Kanton vor drei Jahren dafür offen, ein Mädchenhaus zu schaffen. Eine Analyse ergab laut Magnin einen Bedarf von sieben bis zehn Schutzplätzen. Im Frühling vor zwei Jahren beauftragte der Grosse Rat den Regierungsrat, bis Ende 2021 ein Mädchenhaus zu schaffen. Doch nun hat die kantonale Gesundheits- und Sozialdirektion (GSI) eine Opferhilfestrategie publiziert, die gerade einmal vier Schutzplätze vorsieht. Und dafür will der Kanton nicht ein Mädchenhaus schaffen, sondern die bedrohten jungen Frauen entwe-



Von häuslicher Gewalt betroffen: Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen. Symbolfoto: Béatrice Devènes

der in Frauenhäusern oder in Institutionen für Kinder und Jugendliche unterbringen. Gestern Donnerstag endete das Konsultationsverfahren.

Die Grünen Kanton Bern lehnen die vorgeschlagene Strategie ab. Es fehle darin ein «überzeugendes Konzept zum Schutz von Kindern und Mädchen», schreiben sie in einer Mitteilung und fordern eine «umgehende Korrektur der Opferhilfestrategie».

Der Kanton wolle «zunächst die Nutzbarkeit» verschiedener Institutionen überprüfen, um «Doppelspurigkeiten» zu vermeiden, schreibt der GSI-Sprecher Gundekar Giebel auf

Anfrage. Deshalb habe er mit verschiedenen Institutionen als Übergangslösung Leistungsverträge abgeschlossen. Zudem wolle er wissen, wie viele Plätze tatsächlich nötig seien.

Spezifisches Fachwissen

Das überzeugt die Grünen nicht. Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die Schutz benötigten, erfordere spezifisches Fachwissen und entsprechendes Personal, schreiben sie in ihrer Stellungnahme.

Das bestätigt Marlies Haller von der Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern, die im Kanton zwei Frauenhäuser und zwei

Fachstellen für Opferhilfe führt. «Jugendliche haben andere Bedürfnisse als die Mütter, die mit ihren Kindern im Frauenhaus sind», erklärt Haller. Die traumatisierten Jugendlichen bräuchten eine andere Struktur, als sie im Frauenhaus vorhanden sei.

Im Zürcher Mädchenhaus werden die Jugendlichen von Sozialpädagoginnen betreut, wie eine Mitarbeiterin erklärt. Sozialarbeiterinnen kümmern sich um das Administrative, etwa den Kontakt zum Kindes- und Erwachsenenschutz. Eine Lehrerin hilft den Jugendlichen beim Lernen und allenfalls bei der Lehrstellensuche. «Für traumatisier-

te Jugendliche ist es wichtig, dass sie eine sichere Tagesstruktur haben und zur Ruhe kommen, ohne den Anschluss an die Schule zu verpassen», erklärt die Mitarbeiterin. Je nach Situation sei es für die Mädchen in der angestammten Schule zu gefährlich, weil die Täter sie dort suchten. Mädchen müssten viel enger betreut werden als erwachsene Frauen.

Kinderheime im Telefonbuch

Pädagogisch ausgebildetes Personal gibt es in den Institutionen für Kinder und Jugendliche, wo der Kanton ebenfalls schutzbedürftige Mädchen unterbringen möchte, etwa in der Notaufnahmegruppe für Jugendliche der Stadt Bern. Hier werden schon heute rund um die Uhr Kinder und Jugendliche in Notsituationen aufgenommen, wie der Leiter des städtischen Jugendamtes Alex Haller bestätigt. Allerdings sei die Situation von bedrohten Mädchen besonders herausfordernd, etwa wenn es um deren Sicherheit gehe. Und das ist tatsächlich eines der zentralen Probleme bei häuslicher Gewalt. «Sie ist sehr gefährlich, man muss richtig reagieren können», sagt Marlies Haller von den Frauenhäusern. Es komme oft vor, dass Täter die Frauen suchten. Frauenhäuser seien deshalb anonym und hätten ein Schutzkonzept sowohl für die betroffenen Frauen als auch für die Mitarbeiterinnen. Die Adresse von Kinderheimen steht aber im Telefonbuch.

Für dieses Dilemma – gutes Schutzkonzept oder geeignete Betreuerinnen – hat der Kanton noch keine Lösung. «Diese Themen sind aktuell in Klärung», schreibt Gundekar Giebel.

Für 50 Millionen Franken Schul- und Sportanlage geplant

Stadt Bern Auf dem Viererfeld soll ab Mitte der 2020er-Jahre ein neues Stadtquartier entstehen. Für dessen Kinder wird zusätzlicher Schulraum benötigt. Und auch in den angrenzenden Quartieren Rossfeld und Länggasse besteht Schulraumbedarf, der mit den bestehenden Schulhäusern nicht abgedeckt werden kann.

Deshalb soll auf dem Viererfeld ein neues Schulhaus mit Dreifachturnhalle erstellt werden. Das teilt die Stadt Bern gestern mit. Die neue Volksschule Viererfeld wird zusammen mit der bestehenden Volksschule Enge einen Schulstandort bilden.

Der Gemeinderat hat zuhasten des Stadtrats einen Projektierungskredit von 4,4 Millionen Franken verabschiedet. Dafür soll in einem nächsten Schritt ein Gesamtleistungswettbewerb durchgeführt werden. Ein Siegerprojekt soll Ende 2023 von einer Jury ausgewählt werden. Über den Kredit zur Realisierung des Bauprojekts werden die Stimmberechtigten voraussichtlich im Jahr 2026 abstimmen können. Der Bau der Anlage soll insgesamt rund 50 Millionen kosten.

Geplant ist die neue Schul- und Sportanlage gegenüber der bereits bestehenden Volksschule Enge. Dazu kommen ein Kunstrasenfeld mit Sportgarderoben für den Vereinsfussball und eine Ausschanktheke. Mit dem neuen Sportfeld steht den Fussballclubs dringend nachgefragte Spielfläche zur Verfügung.

Der Schulhausneubau und die Turnhalle sollen nachhaltig gebaut werden. Im Bereich Energie und Umwelt wird der Minergie-A-ECO-Standard vorgegeben. Das bedeutet, dass die Gebäude durchschnittlich gleich viel oder sogar mehr Energie produzieren, als sie für ihren eigenen Betrieb benötigen. (sh)

ANZEIGE

BEA-Hit!

25 Jahre TANNER Möbel 1997-2022

Feiern Sie mit uns!

Profitieren Sie von unserem Jubiläums-Geschenk!



Jubiläumrabatt 25%* & BEA-Geschenk: 200.-

z. B. Stressless Paris statt 3'199.-

././ Jubiläumrabatt 25%: 2'390.-

././ Ihr BEA-Geschenk: 200.-*

Jubi-Hit 1'980.-

*Nur solange Vorrat – auf ausgewählte Lagerartikel!

Profitieren Sie an der BEA von unseren verschiedenen Jubiläums-Hits!

Stressless Paris Sessel und Hocker Gestell Alu • Leder Schwarz

Besuchen Sie uns an der BEA – Halle 2.2!

TANNER

Möbel

Stressless

... da Geheimtipp für nöi Möb! autorisierter Stressless® Partner

Mattenstrasse 4, direkt beim Bahnhof, 3073 Gümliigen – 6173 Flühli
Telefon 031 951 50 55, www.tannermoebel.ch

Auch im Geschäft sind wir gerne für Sie da!

Dienstag bis Freitag: 9–12 und 13.30–18 Uhr Samstag: 9–16 Uhr

Alec von Graffenried entschuldigt sich für «base4kids»-Debakel

Stadt Bern Neue Schulinformatikplattform mit Pannen.

Die chaotische Einführung der neuen Schulinformatik «base4kids2» hat nicht nur Mehrkosten in Millionenhöhe verursacht, sondern der Stadt Bern auch einen schwerwiegenden Vertrauensverlust beschert. Das wurde gestern im Stadtrat deutlich.

Die politische Hauptverantwortung trage der Gemeinderat, hiess es in der anderthalbstündigen Debatte zu zwei Untersuchungsberichten. Das Parlament trage aber eine Mitschuld, indem es auf eine Open-Source-Lösung gedrängt habe.

Bildungsdirektorin Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) versprach, man wolle die Lehren aus dem Debakel ziehen. Stadtpräsident Alec von Graffenried (Grüne Freie Liste) bedauerte, dass die missratene Einführung schwerwiegende Auswirkungen auf den Unterricht gehabt habe. «Das tut uns leid, das wollten wir nicht. Dafür möchte ich um Entschuldigung bitten.»

Tausende Betroffene

Das Debakel kenne viele Betroffene, sagte Marianne Schild namens der Grünliberalen – rund 10'000 Schulkinder sowie 1400

Lehrpersonen. Entsprechend schwer wiege der Vertrauensverlust, betonte auch Bettina Stüssi (SP). Das könne sich die Stadt eigentlich nicht leisten. Der Gemeinderat müsse sich schleunigst darum kümmern, Vertrauen zurückzugewinnen.

Claudine Esseiva (FDP) sprach von Fehlern, die in der Privatwirtschaft ein Kündigungsgrund wären. Auch sie gehörte zu den Fraktionssprecherinnen, die den Gemeinderat aufforderten, endlich Verantwortung zu übernehmen statt die Probleme kleinzureden. Ähnlich sah es Thomas Glauser (SVP). Informatikprojekte seien anspruchsvoll, Führung unabdingbar.

Pragmatismus gefragt

Die Stadt müsse künftig das Machbare vor Augen haben und einen gewissen Pragmatismus walten lassen, forderte Francesca Chukwonyere von der GFL/EVP-Fraktion. Dabei sei auch das Parlament gefordert. Schliesslich habe der Stadtrat mit seinen Extrawünschen die Komplexität des Projekts noch erhöht.

Das Parlament sei gut beraten, in solchen Fragen künftig

auf ideologische Entscheidungen zu verzichten, betonte auch Milena Daphinoff (Mitte) in Anspielung auf die seinerzeitige Open-Source-Forderung.

Verständnis für den Gemeinderat äusserte Sarah Rubin (Grünes Bündnis), eine Parteikollegin von Bildungsdirektorin Teuscher. Der Nachkredit sei nicht in den Sand gesetztes Geld. Vielmehr habe er dem Projekt die nötige Stabilität verliehen.

«Grosser Unmut»

Gemeinderätin Teuscher räumte ein, dass die mangelhafte Einführung von «base4kids2» zu grossem Unmut und Verunsicherung in den Schulen geführt habe. Sie bedaure den Vertrauensverlust insbesondere in ihre Bildungsdirektion. Um Vertrauen zurückzugewinnen, reiche die Neustrukturierung des Projekts nicht aus.

Vielmehr brauche es künftig einen engen Einbezug der Anwendenden sowie eine sach- und stufengerechte Kommunikation. Teuscher betonte, man werde die Lehren ziehen für die Weiterentwicklung des bildungs- und digitalpolitisch wichtigen Schulplattform. (sda/ske)